

25 Jahre Institut für Kulturpolitik

Gründungsgeschichte – Status – Perspektiven*



Dr. Norbert Sievers war bis 2019 Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft und Leiter ihres Instituts für Kulturpolitik; er hat 36 Jahre mit Olaf Schwencke zusammengearbeitet

Das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) wurde 1996 als Projekt gestartet. Es hatte aber schon damals eine Vorgeschichte. Kulturpolitikforschung war von jeher ein wichtiges Anliegen des Verbands. So verweist bereits das Grundsatzpapier von 1976 auf die notwendige Dokumentation, Analyse, Strategieentwicklung und Kulturentwicklungsforschung als relevante Aufgaben. Allerdings war es in den 1970er und 1980er Jahren kaum möglich, diese Ziele systematisch zu verfolgen, weil es in dieser Zeit keine öffentliche Bereitschaft gab, eine Einrichtung mit diesem Ziel finanziell zu unterstützen. Vor allem die zersplitterte und fragmentierte Zuständigkeit für Kultur führte dazu, dass im Politikfeld Kultur – ganz im Gegensatz zu anderen Politikbereichen mit eindeutigeren gesetzlichen Grundlagen – keine öffentlich finanzierten Metastrukturen (Forschung, Statistik, Politikberatung etc.) unterstützt wurden. Kulturförderung ist eher ein staatsmäzenatisches Engagement und weniger ein konzeptbasiertes bzw. wissenschaftsgestütztes Politikfeld mit einer entsprechenden Infrastruktur im Hintergrund. Trotz vieler Anstrengungen hat sich bis heute nicht viel daran geändert. Dabei gab es durchaus auch damals schon ein Interesse des Bundes an dieser Frage.

Die Gründung des Instituts

Eine Initiative zugunsten einer öffentlich finanzierten Kulturforschung auf Bundesebene kam Ende der 1980er Jahre von der Kulturabteilung des Bundesministeriums des Inneren (BMI). Im Jahr 1988 lud sie einige auf diesem Gebiet tätige Institute – darunter auch die Kulturpolitische Gesellschaft – zu Gesprächen ein, um zu erfahren, »inwieweit der Bund im Hinblick auf ein gesamtstaatliches Interesse den Ausbau einer leistungsfähigen Kulturforschung unterstützen kann«. Leider sind die Bemühungen seitens des BMI dann im Sand verlaufen, weil mit der »Wende« 1989 andere Prioritäten und Aufgaben auf der Tagesordnung standen. Immerhin ist als Resultat aus diesen Gesprächen ein Gutachten zur »Entwicklung der Kulturpolitikforschung und ihrer Institutionalisierung in der Bundesrepublik Deutschland« entstanden, das Olaf Schwencke (damaliger Präsident der KuPoGe) verfasst hatte. Es war für die Kulturpolitische Gesellschaft der Anstoß, systematischer über die Einrichtung eines Instituts für Kulturpolitik nachzudenken und eine Chance zu deren Realisierung zu suchen.

Diese Chance eröffnete sich Anfang der 1990er Jahre nach dem Hauptstadtbeschluss des Bun-

destages (Berlin/Bonn-Gesetz 1991) und den dann einsetzenden Ausgleichsverhandlungen auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes, die vorsahen, Bonn als Wissenschafts- und Kulturstadt auszubauen. In diesem Zusammenhang wurde der Plan gefasst, »neue Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich« in Bonn anzusiedeln, wobei die Stichworte »Kulturforschung und Dokumentation« in der Ausgleichsvereinbarung ausdrücklich erwähnt wurden. Schon bald entstand der Plan, ein Haus der Kultur in Bonn anzusiedeln und dafür einschlägige Organisationen nach Bonn zu holen.

So eine (Umzugs-)Einladung ging auch an die Kulturpolitische Gesellschaft, die seinerzeit noch im HOHENHOF in Hagen ihren Geschäftssitz hatte und in diesem Angebot die Chance sah, ihre Institutsidee umzusetzen. Sie beantragte 1994 die Förderung des Instituts für Kulturpolitik aus Ausgleichsmitteln für den Zeitraum von 10 Jahren

Daten zur Entwicklung des IfK

- 1976:** Im Grundsatzpapier der KuPoGe wird die »Kulturentwicklungsforschung« als Mittel zur Erreichung der Ziele der Gesellschaft festgeschrieben.
- 1988/89:** Gutachten zur Entwicklung der Kulturpolitik-Forschung und ihrer Institutionalisierung in der Bundesrepublik Deutschland (Dr. Olaf Dr. Schwencke)
- 1992ff:** Innerverbandliche Diskussionen zur Intensivierung der Kulturpolitikforschung als Verbandsaufgabe
- 1994:** Satzungsänderung mit dem Ziel, ein Institut für Kulturpolitik als unselbständige Abteilung in den Verbandsbetrieb der KuPoGe zu integrieren.
- 1994:** Antragstellung auf Förderung eines Instituts für Kulturpolitik aus Ausgleichsmitteln für die Region Bonn nach dem Berlin-/Bonn-Gesetz
- 1995:** Bewilligung des Projektes (IfK I); Umzug nach Bonn in das Haus der Kultur
- 1996:** Aufnahme der Institutsarbeit als Ausgleichsprojekt in Bonn; Bernd Wagner wird Institutsleiter
- 1999:** Bewilligung einer regulären (»überrollenden«) Projektförderung
- 2000:** Erster Kulturpolitischen Bundeskongresses und erstes Jahrbuch für Kulturpolitik
- 2012:** Übernahme der Institutsleitung durch Dr. Norbert Sievers
- 2014:** Vorlage des Konzepts »Das neue Institut für Kulturpolitik. Struktur – Konzeption – Entwicklungsoptionen«
- 2014-2018:** Intensive Bemühungen um eine Aufstockung der Institutsmittel durch den Bund
- 2019:** Bewilligung einer 5-Jahres-Förderung auf der Grundlage eines Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (IfK II)
- 2020:** Übernahme der Institutsleitung durch Dr. Henning Mohr
- 2020ff:** Neuaufstellung der Institutsarbeit auf der Grundlage der IfK II-Konzeption

und machte davon ihre Umzugsentscheidung abhängig. Auf dieser Basis konnte sie schließlich (ab 1995) nach langwierigen Verhandlungen und mit Unterstützung des BMI und der Bundesstadt Bonn eine bis Ende 2004 befristete und degressiv angelegte Grundfinanzierung (insgesamt 1,4 Millionen DM für 10 Jahre) dafür erreichen. Aufgrund dieser positiven Entscheidung ist die Geschäftsstelle der KuPoGe dann im November 1996 in das Haus der Kultur in Bonn umgezogen und betreibt seit Januar 1997 dort ihr Institut für Kulturpolitik. Bernd Wagner (†) wurde sein erster wissenschaftlicher Leiter und blieb es bis zu seinem Tod im Jahr 2012. Danach übernahm der langjährige Geschäftsführer der KuPoGe Norbert Sievers diese Aufgabe, auf den dann der jetzige Leiter Henning Mohr folgte.

Der erste Ausbauschnitt

Nach einer Aufbauphase des Instituts von gut zwei Jahren ergab sich mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 und vor allem mit der neuen Wertschätzung der Kulturpolitik auf Bundesebene durch die Einrichtung neuer institutioneller Strukturen (Benennung eines Beauftragten für Kultur und Medien und Einrichtung eines gleichnamigen Ausschusses im Bundestag) die Möglichkeit, das Institut auszubauen und zu konsolidieren. Nach der Vorlage einer neuen Konzeption von Bernd Wagner und Norbert Sievers konnte das Institut dann mit dem Jahr 2000 in eine Regelförderung überführt werden, die allerdings im Wege einer »überrollende Projektförderung« erfolgte und nicht als institutionelle Förderung. Mit 256.000 Euro (zuzüglich 69.000 Euro aus Ausgleichsmitteln) war sie auch nicht gerade üppig ausgestattet.

Als konzeptionelle Kernaufgaben des Instituts für Kulturpolitik wurden mit der Übernahme in die Regelförderung seitens des BKM im Jahr 2000 drei Aufgaben vereinbart:

- die Durchführung eines Kulturpolitischen Bundeskongresses (alle zwei Jahre),
- die Herausgabe eines Jahrbuchs für Kulturpolitik und
- die Einrichtung eines Kulturpolitischen Informationssystems.

Ferner war das IfK auch als Dachmarke gedacht, um auch andere Projekte und Aufgaben der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung darunter subsumieren zu können. In den 25 Jahren seiner Existenz konnten auf diese Weise zehn Kulturpolitische Bundeskongresse durchgeführt und 17 Jahrbücher für Kulturpolitik herausgegeben werden. Ferner wurden unter dem Dach des Instituts in dieser Zeit weit über 100 größere Projekte eingeworben und bearbeitet. Dabei berücksichtigte das IfK alle kulturpolitischen Entscheidungsebenen: die Kulturförderung der EU (z.B. »Handbuch der europäischen Kulturförderung«), die Kulturpolitik des Bundes (z.B. Gutachten für

die Enquetekommission »Kultur in Deutschland«), die Kulturpolitik der Länder (z.B. Kulturbericht des Landes Niedersachsen 2013/2014, erster Landeskulturbericht NRW 2017) und die kommunale Kulturpolitik (z.B. Kulturentwicklungsplanungen, Kommunalbefragungen).¹

Neue Aufgaben – neue Perspektiven

Trotz der vielfältigen Aktivitäten des Instituts für Kulturpolitik und trotz seiner sinnvollen vom BKM geförderten Kernaufgaben war das IfK in den 2010er Jahren mit seinen geringen personellen und finanziellen Ressourcen nicht annähernd ausreichend ausgestattet, um den Bedarf an anwendungsbezogener Kulturpolitikforschung abzudecken. Notwendig war – dies sah auch der KuPoGe-Vorstand so – eine neue Initiative, um Kulturpolitik durch Forschung, Information und Fortbildung zu qualifizieren. Es wurde ein Konzept mit neuen Instrumenten und Bausteinen erarbeitet, das dann die Grundlage war für neue Vorstöße für eine bessere finanzielle Ausstattung des Instituts beim Bund.² Es begannen lange Jahre des intensiven »Klinkenputzens«, das schließlich im November 2018 belohnt wurde als der Haushaltsausschuss des Bundestags die Mittel für ein Fünf-Jahres-Projekt mit dem Titel »Qualifizierung und Profilierung der Kulturpoli-

der Forschungsprojekte »Nachhaltige und klimagerechte Kulturpolitik« sowie »Kulturpolitik in ländlichen Räumen«. Damit konnte der konzeptionelle Baukasten des IfK neu bestückt und sortiert werden und beinhaltet nunmehr Instrumente, deren Einsatz völlig neue Perspektiven eröffnet und der gewachsenen Bedeutung der Kulturpolitik in Deutschland entspricht. Die damit verbundenen Herausforderungen für die Kulturpolitische Gesellschaft und für die Institutsleitung sind indes nicht geringer geworden. So gilt es jetzt, den Beweis dafür anzutreten, dass sich die Instrumente bewähren und dass sie auch über 2024 hinaus kontinuierlich finanziert werden können. Das nächste Ziel steht damit schon im Raum: Im Jahr 2026, also zum 50. Geburtstag der Kulturpolitischen Gesellschaft und zum 30. Jubiläum des Instituts für Kulturpolitik sollte das Institut konzeptionell, personell und finanziell fest etabliert sein. ■

* Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Gründungs- und Entwicklungsgeschichte des Instituts für Kulturpolitik findet sich in Norbert Sievers, Die institutionelle Entwicklung der Kulturpolitischen Gesellschaft. Das Institut für Kulturpolitik – Begründungen und Entwicklungsphasen (Stand: August 2021)

Mit praxisnaher Kulturpolitikforschung hat sich das Institut für Kulturpolitik als Impuls- und Ideengeber für die Kulturpolitik einen Namen gemacht. Mittlerweile wirkt es in alle Winkel der Kulturnation Deutschland hinein – nicht zuletzt natürlich auch Dank des finanziellen Engagements des Bundes. Forschung für die Praxis hilft der Kulturpolitik enorm. (...) Für die gute Zusammenarbeit danke ich dem Institut für Kulturpolitik und allen Beteiligten, denn ich bin sicher, ihre Arbeit und ihr Engagement werden auch in Zukunft gebraucht. Klimawandel, Digitalisierung und die Corona-Pandemie stellen auch die Kulturpolitik vor neue Herausforderungen. Man muss keine hellseherischen Fähigkeiten besitzen, um daraus einen steigenden Bedarf an praxisnaher Kulturforschung abzuleiten. Dabei zähle ich weiterhin auf das Institut für Kulturpolitik! Herzlichen Glückwunsch zum 25-jährigen Jubiläum!

Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien a.D.

»Kulturpolitik und Kulturpolitikforschung in Deutschland« (2019 - 2024) zur Förderung freigab. Gegenstand der zweiten konzeptionellen IfK-Erweiterung war/ist die Idee einer Kulturpolitischen Akademie als Fortbildungsangebot, die alle zwei Jahre stattfindende Verleihung des kulturpolitischen Zukunftspreises KULTURGESTALTEN und die Bearbeitung

¹ Zur Leistungsbilanz des IfK siehe auch den Bericht »20 Jahre Institut für Kulturpolitik 1996 bis 2016. Profil, Aktivitäten, Projekte, Materialien des IfK 15, Bonn 2016

² Siehe dazu das Konzept »Das neue Institut für Kulturpolitik (IfK) der Kulturpolitischen Gesellschaft. Struktur – Konzeption – Entwicklungsoptionen« aus dem Jahr 2014 sowie die Übersicht »Perspektive 2025. Bausteine und Instrumente für eine die Kulturpolitik unterstützende Infrastruktur – Ideen für ein Gesamtkonzept aus der Perspektive der Kulturpolitischen Gesellschaft (2016) von Norbert Sievers. Angesprochen wurden vor allem die BKM und das BMBF.